

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 8 88 648 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Heldemarie Wieczorek-Zeul MdB und Dr. Hermann Scheer MdB zu akuten Erfordernissen des Abrüstungsprozesses: Jetzt die dritte Null-Lösung für Atomwaffen.

Seite 1

Dr. Wilhelm Bruns zur künftigen Stimme Deutschlands in der Völkergemeinschaft: Nur noch eine UNO-Politik.

Seite 2

Lothar Fischer MdB zu Bemühungen der Energiewirtschaft, die Probleme der DDR für ihre Interessen zu nutzen: Es darf keine Renaissance der Kernenergie geben.

Seite 5

Horst Sielaff MdB zu Kohls Äußerungen zum Glocken-Läuten: Nach Art des aufgeklärten Absolutismus.

Seite 5

Reinhold Hiller MdB zur Notwendigkeit, den Millionensegnen für Vertriebenenverbände zu beenden: Nach Volksabstimmung und Organklage...

Seite 6

45. Jahrgang / 177

14. September 1990

Jetzt die dritte Null-Lösung für Atomwaffen Zu akuten Erfordernissen des Abrüstungsprozesses

Von Heldemarie Wieczorek-Zeul MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums und

Dr. Hermann Scheer MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der
SPD-Bundestagsfraktion

Um die in Europa stationierten Atomwaffen ist es in letzter Zeit still geworden. Auf allen anderen Gebieten der Ost-West-Beziehungen hat es Fortschritte gegeben, nur bei den Atomwaffen nicht. Die früheren konventionellen Überlegenheiten des Warschauer Paktes, die von der NATO zur Rechtfertigung atomarer Kurzstreckenwaffen genommen wurden, schwinden dahin. Wenn das Wiener Abkommen über konventionelle Abrüstung realisiert sein wird, wird es statt dessen eine Überlegenheit auf Seiten des Westens, vor allem in Deutschland, geben. Um so überflüssiger werden Atomwaffen auch aus eng militärischer Sicht.

Es ist vielen entgangen, daß die NATO in ihren jüngsten Beschlüssen zwei unvereinbare Feststellungen getroffen hat. Zum einen hat sie erklärt, der Warschauer Vertrag und die Sowjetunion seien kein Gegner mehr. Zum anderen hat sie gefordert, an einem "mix" von konventionellen und nuklearen Waffen festzuhalten. Beides paßt nicht zusammen, und Nuklearwaffen passen nicht mehr in unsere Zeit.

Nach der ersten Null-Lösung für Atomwaffen zwischen 1.000 und 5.500 Kilometern und der zweiten Null-Lösung für Atomwaffen zwischen 500 und 1.000 Kilometern Reichweite muß jetzt die dritte Null-Lösung für sämtliche Atomwaffen unterhalb von 500 Kilometern kommen.

Es fällt auf, daß im Westen die Bereitschaft gewachsen ist, landgestützte Atomraketen und die nuklearen Gefechtsfeldwaffen zu reduzieren. Gleichzeitig wird ein Bedarf nach weiterreichenden Atomwaffen angemeldet, die die Sowjetunion erreichen können und von Flugzeugen abgeschossen werden sollen. Die Pläne hierzu sind weit gediehen, die entsprechenden Waffensysteme werden mit Billigung der NATO in nationaler Verantwortung der USA entwickelt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressediens GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Konkretes Angebot
mit maximaler Kontrolle
Einziges Papier



Damit kann sich die Auseinandersetzung, die wir bei den landgestützten Pershing II und den Cruise Missiles Anfang der 80er Jahre hatten, wiederholen, - und das in einer Zeit, in der der NATO - nach ihrer eigenen Einschätzung - inzwischen der Gegner abhandeln gekommen ist. Die dritte Null-Lösung für Europa muß alle Kategorien und Stationierungsarten von Atomwaffen erhalten.

Nach Ende der ersten Phase der Wiener Abrüstungsverhandlungen sollen die Gespräche über die Reduzierung der Atomwaffen in Europa beginnen. Die NATO hat, wie bei den INF-Verhandlungen, wieder ein besonderes Beratungsgremium eingerichtet, das die Verhandlungen der USA und der UdSSR begleitet, die westliche Position koordiniert und an dem auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihr Gewicht in diesen Beratungen einzubringen und darauf zu bestehen, daß der Westen die dritte Null-Lösung für Atomwaffen als Ziel der Verhandlungen vorschlägt. Eine bloße Reduzierung genügt nicht. Reduzierungen schließen nicht aus, daß der Modernisierungsprozeß fortgesetzt wird und immer wieder neue Atomwaffen entwickelt werden. Das kann niemand in Europa wollen.

Der Bundeskanzler Kohl hat dem sowjetischen Präsidenten zugesagt, daß im Osten Deutschlands keine westlichen Atomwaffen stationiert werden, das heißt daß die frühere DDR nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte zu einer atomwaffenfreien Zone wird. Es gibt keine Sinn, Deutschland im Bereich der Sicherheitspolitik zu spalten und für den einen Teil die Atomwaffenfreiheit zu verwirklichen, während für den anderen Teil die Gefährdung durch Atomwaffen erhalten bleibt. Die Einheit Deutschlands muß dazu führen, daß ganz Deutschland atomwaffenfrei wird. Verhandlungen über die dritte Null-Lösung und der Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland sind der Weg zu diesem Ziel.

(-/14. September 1990/rs/fr)

Nur noch eine UNO-Politik

Zur künftigen Stimme Deutschlands in der Völkergemeinschaft

Von Dr. Wilhelm Bruns

Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Am 3. Oktober 1990 wird die DDR der Bundesrepublik Deutschland beitreten. Mit dem Beitritt gibt es nur noch eine deutsche Regierung, einen deutschen Außenminister und folglich nur noch eine deutsche UNO-Politik.

Dies steht fest. Es sind insbesondere drei Fragen, bei denen es jedoch Klärungsbedarf gibt,

- Prozedurale Fragen (Wie kann aus zwei getrennten UNO-Mitgliedschaften eine gemacht werden?);
- Personelle Fragen (Wie soll das künftige UNO-Personal Deutschlands rekrutiert werden beziehungsweise kann das UNO-Personal der DDR übernommen werden?);
- Substantiell konzeptionelle Fragen (Wie sieht die UNO-Politik Deutschlands aus?)

II.

Beginnen wir mit der Frage, wie, das heißt im technisch-rechtlichen Sinne die beiden selbständigen UNO-Mitgliedschaften umgewandelt werden in eine?

UNO-relevante Beitrittsmodalitäten sind im zweiten deutsch-deutschen Staatsvertrag im einzelnen nicht geregelt. Einschlägig in unserem Zusammenhang ist das Kapitel IV., Art. 11, Ziffer 1. Dort heißt es:

"Die Vertragsparteien gehen davon aus, daß völkerrechtliche Verträge und Vereinbarungen, denen die Bundesrepublik Deutschland als Vertragspartei angehört, einschließlich solcher Verträge, die Mitgliedschaften in internationalen Organisationen oder Institutionen begründen, ihre Gültigkeit behalten und die daraus folgenden Rechte und Verpflichtungen sich grundsätzlich auch auf das in Artikel 3 genannte Gebiet beziehen. Soweit im Einzelfall Anpassungen erforderlich werden, wird sich die gesamtdeutsche Regierung mit den jeweiligen Vertragspartnern ins Benehmen setzen."

Daraus folgt: Durch den Beitritt der DDR am 3. Oktober 1990 zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Bonner Grundgesetzes (GG) erstreckt sich die UNO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik auf die DDR beziehungsweise die der DDR geht in der der Bundesrepublik auf.

Das größere Deutschland wird auch ein größeres Engagement bei der weiteren ökonomischen Dekolonisierung der sogenannten "Dritten Welt" entwickeln müssen.

Diese beispielhaft genannten Punkte stehen auf der ständigen Agenda des UNO-Systems. Sie sollten auch für das geeinte Deutschland Herausforderung sein, um zu schnellen Problemlösungen zu kommen.

Eine ergebnisorientierte UNO-Politik Deutschlands sollte, durchaus in Fortsetzung der bisherigen UNO-Politik der Bundesrepublik, Vorschläge für die Effizienzsteigerung des UNO-Systems unterbreiten, wobei es insbesondere auf institutionelle Verbesserungen ankommt. Auch dazu einige Beispiele:

- Stärkere Nutzung des Internationalen Gerichtshofes (IGH), des Hauptrechtssprechungsorgans der Vereinten Nationen, als obligatorische Gerichtsbarkeit.
- Ausbau des Instrumentariums für eine wirksame Konfliktprävention mit dem Blick insbesondere auf den Sicherheitsrat und auf den Generalsekretär.
- Vitalisierung des in der Charta genannten Generalstabsausschusses, der für die Anleitung von UNO-Streitkräften wie für Abrüstung zuständig wäre (erste Bewährungsprobe könnte der Irak-Kuwait-Konflikt sein).
- Konzentration aller sozialen und humanitären Fragen im Wirtschafts- und Sozialrat.
- Einsetzung eines Umweltrates, der alle Aktivitäten im UNO-System bündelt.
- Einrichtung eines Menschenrechtsgerichtshofes.
- Deutschland sollte häufiger, als dies das sogenannte Regionalprinzip vorsieht, den Sitz eines nichtständigen Mitglieds des Sicherheitsrats anstreben (die ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat, die gelegentlich gefordert wird, verlangte eine Satzungsänderung der UNO-Charta, die wenig wahrscheinlich ist, s.u.)
- Einrichtung eines Waffenregisters mit dem Ziel, den Internationalen Waffenhandel zu kontrollieren und einzuschränken.

V.

Parlamentarische Defizite.

Das künftige deutsche Parlament wird darauf zu achten haben, daß das UNO-Mitglied Deutschland eine konstruktive und initiativreiche Rolle spielt. Bei der parlamentarischen Kontrolle gab es erhebliche Defizite, - sowohl bei der Kontrolle der DDR-Regierung durch die Volkskammer wie bei der Kontrolle der bundesdeutschen UNO-Politik. Das heißt: Die UNO-Politik gehörte bislang zu den Bereichen, die weder parlamentarisch eine Rolle spielte, noch in der deutschen Öffentlichkeit. Es handelte sich also um eine Politik der Exekutive (AA) ohne parlamentarische Diskussion und damit Kontrolle. Dies mag für die Regierung(en) angenehm sein, in einer parlamentarischen Demokratie jedoch sehr ungewöhnlich.

Um den parlamentarischen Rang der UNO-Politik Deutschlands zu unterstreichen, sollte das neue deutsche Parlament einen UNO-Ausschuß (Unterausschuß) einsetzen, der das Verhalten Deutschlands im UNO-System parlamentarisch begleitet.

VI.

1973 begannen die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik ihre UNO-Karriere als die "Unelzigen in den Vereinten Nationen" (so der Titel meines 1980 in Köln erschienenen Buches).

Im Oktober 1990 ist die Doppelkarriere zu Ende. Im UNO-System wird es künftig nur noch einen deutschen Staat geben, einen Staat auf den sich große Erwartungen richten.

(-/14. September 1990/rs/tr)

Prozedural ist folgendes Vorgehen vorstellbar: Ausgangspunkt ist - unter Berücksichtigung von Präzedenzfällen wie Jemen oder Tanganjika und Sansibar zur Vereinigten Republik, dem heutigen Tansania -, daß eine Notifikation an den UNO-Generalsekretär ausreicht. Wobei zwei Varianten denkbar sind: Die Bundesrepublik als der Staat, dem die DDR beigetreten ist, notifiziert dem Generalsekretär der UNO, daß Bundesrepublik und DDR künftig einen Staat bilden und den UNO-Generalsekretär bitten, den UNO-Mitgliedstaaten dies mitzuteilen. Oder: Gemeinsam teilen Bundesrepublik und DDR mit, daß ihre Mitgliedschaft in der UNO als ein Staat weitergeführt wird und bitten den UNO-Generalsekretär, dies den Mitgliedstaaten mitzuteilen. Diese Notifikation kann von den beiden Außenministern vorgenommen werden (Präzedenzfall: Jemen). Sie könnte jedoch auch von Vertretern beider deutscher Staaten bei der UNO (beziehungsweise vom bundesdeutschen Vertreter allein) erfolgen.

Eine solche Notifikation beträfe die Mitgliedschaft in den 17 Sonderorganisationen (WHO, UNESCO, ILO, WMO u.a.) zu sehen. Auch hier ist das gleiche Verfahren denkbar. Notifikation an den jeweiligen Generalsekretär, und zwar in den Organisationen, wo beide deutsche Staaten Mitglied sind. Nicht zwingend erforderlich ist eine solche Notifikation in den Fällen, wo die Bundesrepublik allein Mitglied ist und die DDR bislang die Politik des leeren Stuhls betrieb (beispielsweise in der Weltbankgruppe, FAO u.a.).

Zur personellen Seite ist festzustellen, daß das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Ost-Berlin das diplomatische Personal der DDR zügig abbaut. Dies gilt auch für die UNO-Vertretungen. Die Diplomatenausbildungsstätte in Potsdam-Babelsberg hat im Frühjahr 1990 ihren Betrieb eingestellt. Beides Vorgreif darauf, daß es mit dem Ende der DDR keine DDR-Diplomaten mehr geben wird. Die noch verbleibenden (jüngeren) Diplomaten werden in den Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland integriert. Die Integration wird begleitet durch eine Zusatzausbildung in der Fortbildungsstätte des Auswärtigen Amtes in Bonn-Ippendorf. Indikativ in diesem Zusammenhang ist, daß der DDR-Ministerpräsident de Malziere während seines USA-Besuchs im Juni 1990 weder vom USA-Botschafter der DDR noch vom Ständigen Vertreter der DDR bei den Vereinten Nationen begleitet wurde. Dem stand ein Gespräch mit dem bundesdeutschen Vertreter Bräutigam bei der UNO gegenüber. Dieser Sachverhalt zeigt bereits, daß schon heute vom bisherigen Apparat der DDR kein Gebrauch gemacht wird.

III.

Zur künftigen UNO-Politik des geeinten Deutschlands stellen sich die Fragen: Wie soll, wie wird die UNO-Politik des UNO-Mitglieds Deutschland künftig aussehen? Welche Initiativen sollten ergriffen werden? Welche Forderungen sind an das künftige UNO-Mitglied Deutschland zu stellen?

Bei der Antwort auf diese Fragen ist dreierlei zu berücksichtigen:

1. Die Kontinuität, in der die beiden deutschen Staaten ab 1973 stehen, unter anderem mit der Folge, daß Resolutionen des UNO-System ihre Wirkung behalten.
2. Die Herausforderungen, die vom internationalen Problemhaushalt bestimmt werden und schließlich:
3. An das größere Deutschland richten sich größere Erwartungen: Also mehr Bürde als Würde? In jedem Fall muß Deutschland Flagge zeigen und mehr weltpolitische Verantwortung demonstrieren. Etwa dadurch, daß der UNO Bundeswehreinheiten für die UNO-Friedenstruppe zur Verfügung gestellt werden.

IV.

Auf welchen Politikfeldern und mit welchen Initiativen sollte sich das UNO-Mitglied Deutschland profilieren?

In Stichworten und ohne Anspruch auf Vollständigkeit geht es um die Verbesserung des menschenrechtlichen Schutzes, wobei es stärker als bisher auf die Weiterentwicklung der Instrumentarien ankommt (Menschenrechtsgerichtshof).

Es geht weiterhin um die weltweite Verbreitung von vertrauensbildenden Maßnahmen, wobei der Stand der vertrauensbildenden Maßnahmen im Rahmen der KSZE impulsgebend sein kann.

Weiter geht es um das Engagement in Fragen der Abrüstung, wobei Deutschland eine aktive Rolle beim Verbot der Entwicklung und des Einsatzes von chemischen Waffen spielen sollte.

Ein weiteres Feld, wo die deutsche Delegation Engagement zeigen sollte, wäre die Weiterentwicklung des Völkerrechts.

Es darf keine Renaissance der Kernenergie geben
Zu Bemühungen der Energiewirtschaft, die Probleme der DDR für Ihre Interessen zu nutzen

Von Lothar Fischer MdB
Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Forschungsausschuß des Deutschen Bundestages

Der erst wieder in diesen Tagen von Teilen der Energiewirtschaft erhobene Wunsch nach einer Renaissance für die Kernenergie muß entschieden zurückgewiesen werden. Vor dem Hintergrund der aktuellen Energieprobleme in der DDR vermutet sich die Atomlobby in Politik und Wirtschaft im Aufwind. Neben der gebetmühlenartigen Wiederholung von den angeblich sicheren westlichen Atomkraftwerken und den natürlich "üblen" Erfahrungen mit den unzureichenden Kernkraftwerken sowjetischer Bauart muß die Erwärmung des Erdklimas als Argument für den verstärkten Ausbau von Atomkraftwerken herhalten.

Wie gehabt werden dabei die Gefahren minimalisiert und die Chancen dieses Energieträgers hochgerechnet.

Es bleibt das scheinbar vernachlässigbare Restrisiko; daß den kleinen Unterschied zwischen Sicherheit und wahrscheinlicher Sicherheit Welten trennen, wird verschwiegen, ist aber für die Betroffenen der Katastrophe von Tschernobyl Tag für Tag erlebbar.

Das scheinbar günstige Klima für den Bau von Hochtemperaturreaktoren in der DDR entspricht wie so vieles nicht der Realität. Es entspricht ebenfalls nicht einer realistischen Einschätzung, wenn man davon ausgeht, daß die westliche Atomgemeinde nach Atomkraftwerksunfällen und -katastrophen, sowie den regelmäßig wiederkehrenden Störfällen und Abschaltungen irgendetwas dazugelernt hat. Die SPD wird es nicht zulassen, daß die Länder der DDR zum zukünftigen Experimentierfeld für nicht mehr lernfähige Kernkraftbetreiber wird. "Tschernobyl Nord" wie das Atomkraftwerk Greifswald im DDR-Volksmund heißt, sowie die neuen, im Bau befindlichen Kraftwerke dürfen nicht nur kurzfristig vom Netz genommen und nachgerüstet werden, sondern müssen definitiv für immer stillgelegt werden. Wir fordern daher von Bundesumweltminister Töpfer ein klares und eindeutiges Votum über die Zukunft der Atommeiler, das heißt wir fordern das sofortige und endgültige Aus dieser lebensgefährlichen Reaktoren.

Die SPD wird mit aller Kraft die Umstrukturierung der Energieversorgung und den ökologischen Umbau der Energieversorgung in der DDR unterstützen. Mit der Verwirklichung unseres Reformkonzepts für eine ökologisch verträgliche Energieversorgung in Gesamtdeutschland wird nicht nur Klima und Umwelt geschützt, Energie gespart und rationell genutzt, sondern auch der ökologische Generationenvertrag, den wir den nachkommenden Generationen schuldig sind, vorangetrieben.

(-/14.9.1990/rs/ks)

Nach Art des aufgeklärten Absolutismus
Zu Kohls Äußerungen zum Glocken-Läuten

Von Horst Sielaff MdB

Nicht nur peinlich sondern darüber hinaus von Ignoranz und autoritärem Denken geprägt, wirkt die an die Öffentlichkeit gelangte Äußerung Kanzler Kohls zur Weigerung der Kirchen, die deutsche Einheit in der Nacht zum 3. Oktober mit Glockengeläut zu begleiten.

Nicht nur verrät die Wortwahl Kohls ("Dämlichkeit, Torheit und Hinterfotzigkeit") die Verachtung Andersdenkender. Der Grundgestus paßt wohl eher in die Zeit des aufgeklärten Absolutismus. Die Zeit des Landesvaters ist aber vorbei. Was die Kirchen tun und lassen, bestimmen heute die Kirchen selbst. Daß es wieder nötig ist, dies in Presseerklärungen zu betonen, spricht entschieden gegen den Kanzler. In Deutschland muß ein besonders scharfes Auge auch auf solche subtile Gängelungsversuche geworfen werden. Die deutsche Erfahrung der totalitären Herrschaft selbst über ganz individuelle Bereiche und die Versuche der ehemaligen DDR-Führung, sind die Kirche gefügig zu machen, muß für alle genug Grund für mehr Nachdenklichkeit sein.

(-/14.9.1990/rs/ks)

Nach Volksabstimmung und Organklage...
Zur Notwendigkeit, den Millionensteuern für Vertriebenenverbände zu beenden

Von Reinhold Hillar MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Innerdeutsche Beziehungen

Nachdem die Vertriebenenverbände mit ihrer Unterschriftenaktion zu einer Volksabstimmung gegen die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze aufrufen, strapazieren nun mindestens acht Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion mit ihrer Organklage den deutsch-deutschen Einigungsprozeß sowie die Überwindung der Teilung Europas. Dafür trägt die Bundesregierung die Hauptverantwortung. Die personelle Identität der Vertriebenenfunktionäre mit einigen Klägern ist mit Dr. Czaja, dem Präsidenten des BdV, bewiesen. Dafür trägt die Bundesregierung selbst die Verantwortung, da sie immer mehr Steuermittel für diese politischen Gruppierungen zur Verfügung stellt. Dieses Geld könnte besser für einen deutsch-polnischen Jugendaustausch zur Verfügung gestellt werden.

Doch die Bundesregierung setzt hier andere finanzielle Prioritäten und subventioniert den BdV für seine maßlose, entspannungsfeindliche Propagandatätigkeit, die er nun auch in der Noch-DDR und in Polen finanziert haben möchte. Während der Finanzbedarf der deutschen Einigung immer größer wird, kann der BdV seinen Personalbestand weiter ausbauen (geplante Steigerung für 1991 von 36,36 Prozent) und hat Steigerungsraten in der Förderung durch den Bundeshaushalt (für 1991 ist bisher eine Steigerung von 20,67 Prozent vorgesehen), von der andere nur träumen mögen.

Es hat sich deutlich gezeigt, daß der Weg, der Bundesregierung von CDU/CSU und FDP, den Vertriebenenverbänden, Millionen in jährlichen Steigerungsraten von über 50 Prozent und die Verdoppelung der Personalstellen aus Steuergeldern zu geben nicht zu einer Versachlichung geführt hat. Sie haben es im Gegenteil ermöglicht, daß eine kleine Gruppe von Funktionären sich zu einer vom deutschen Steuerzahler finanzierten, mächtigen und personalstarken Truppe entwickeln konnte. Diese Regierung hat es zu verantworten, daß der Bund der Vertriebenen (BdV) heute dafür zu über 90 Prozent vom deutschen Steuerzahler bezahlt wird, daß er die Politik der Regierung und die Entscheidungen des demokratisch gewählten Parlamentes konterkariert. Im Kontext mit den zahlreichen anderen Äußerungen und Aktionen ist die Organklage von Dr. Czaja und anderen ein schreckliches Signal für alle europäischen Nachbarn.

Der Bundeskanzler muß endlich öffentlich eine klare Abgrenzung gegenüber den Vertriebenenverbänden vornehmen und die gesamte Bundesregierung bleibt aufgefordert, im nächsten Haushalt deutlich zu machen, daß sie in der Lage ist, zwischen Vertriebenen und Berufsvertriebenen zu unterscheiden. Es gibt durchaus eine ganze Reihe von Gruppen, die sich von der Politik des BdV's und seines Umfeldes distanzieren und nicht bereit sind, sich an dieser nationalistischen Kampagne zu beteiligen.

Die Mehrheit der Vertriebenen hat keine Scheuklappen von 1937 in ihrem Denken, denn sie befinden sich im Gegensatz zu diesen ewig Gestrigen durchaus im Jahre 1990. Die Mehrheit der Vertriebenen freut sich wie alle Deutschen auf die Verwirklichung der Einheit Deutschlands. Sie akzeptiert die wichtigste Voraussetzung, die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze. Diese Vertriebenen sind bei ihren Bemühungen, die ostdeutsche Kultur zu erhalten und weiter zu entwickeln, zu unterstützen. Universitäten und Hochschulen sind beim Aufbau und beim Erhalt von Instituten und Lehrstühlen für osteuropäische Geschichte, Kunst und Kultur und anderem zu fördern. Aber der BdV, die Kulturstiftung der Vertriebenen, eine ganze Reihe von Publikationen, einzelne sogenannte Historiker, Völkerkundler, Juristen sind aus der Förderung herauszunehmen. Im Projektbereich ist dies in vielen Fällen sofort möglich, im institutionellen Bereich dürfen keine zusätzlichen Stellen in den Haushalt aufgenommen werden und die bisherigen können mit einem KW-Vermerk versehen werden. Organisationen und Personen, die das friedliche Zusammenleben der Völker in Europa gefährden, dürfen nicht auch noch für ihre Aktivitäten aus Steuermitteln finanziert werden.

Bundeskanzler Kohl muß Schluß machen mit der finanziellen Förderung der Vertriebenenverbände, die den Einigungsprozeß durch immer neue Provokationen gefährden. Diese Provokationen diskreditieren auch die Bemühungen, die ostdeutsche Kultur zu erhalten und in die deutsch-polnische Aussöhnung mit einzubeziehen. Wer nur zu sieht, macht sich mitschuldig.

(-/14.9.1990/rs/ks)
